

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung des Landes NRW und des Bundes

**Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen extremer Wetterereignisse im Privat- und Körperschaftswald in Nordrhein-Westfalen (FöRL Extremwetterfolgen), RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – Az.: III-3-40-00-00.34 – vom 23.05.2019, zuletzt geändert mit Erl. d. MLV – Az.: 63.07.01.03 – vom 31.01.2025**

An den  
Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

<b>Antragsteller(in)</b>	Az. des RFA:
<b>1.1 Name / Bezeichnung</b> <sup>1)</sup>	
<b>1.2 Anschrift</b> <sup>1)</sup> Bei Sammelanträgen: bitte separates Formular verwenden!	Straße: PLZ, Ort: Geburtsdatum                      bzw. Gründungsdatum Steuernummer sowie zuständiges Finanzamt
<b>1.3 Bankverbindung</b>	IBAN: BIC:
<b>1.4 Vertretungsberechtigte Personen</b>	Name, Vorname: (Nachweis / Vollmacht beifügen)
<b>1.5 Auskunft erteilen:</b>	Name, Vorname: Telefon: E-Mail-Adresse:
<b>1.6 Antragsteller selbst ist ein forstwirtschaftlicher Zusammenschluss oder darin Mitglied</b> <sup>1)</sup>  Name des Zusammenschlusses, falls abweichend von 1.1	<input type="checkbox"/> Forstbetriebsgemeinschaft <input type="checkbox"/> Waldgenossenschaft <input type="checkbox"/> Forstbetriebsverband <input type="checkbox"/> Waldwirtschaftsgenossenschaft <input type="checkbox"/> Forstwirtschaftliche Vereinigung
<b>1.7 andere Einrichtung oder Vereinigung</b> <sup>1)</sup>	<input type="checkbox"/> privatrechtlich <input type="checkbox"/> öffentlich-rechtlich
Nur bei Anträgen nach Nr. 2.4.x: <b>1.8 Unternehmensgröße nach Definition KMU</b> <sup>1) 2)</sup>	<input type="checkbox"/> Kleinst- U. <input type="checkbox"/> kleines U. <input type="checkbox"/> mittleres U. <input type="checkbox"/> großes U.

<sup>1)</sup> Pflichtfeld, sofern gegeben / vorhanden

<sup>2)</sup> siehe Merkblatt KMU:

Kleinst- Unternehmen: < 10 Personen beschäftigt und maximal 2 Mio. EUR Jahresumsatz / Jahresbilanzsumme

kleines Unternehmen: < 50 Personen beschäftigt und maximal 10 Mio. EUR Jahresumsatz / Jahresbilanzsumme

mittleres Unternehmen: < 250 Personen beschäftigt und maximal 50 Mio. EUR Jahresumsatz / maximal 43 Mio. EUR Jahresbilanzsumme

großes Unternehmen: mind. 250 Personen beschäftigt oder mehr als 50 Mio. EUR Jahresumsatz / mehr als 43 Mio. EUR Jahresbilanzsumme

<b>1.9 Mitteilungsverordnung</b> <sup>1)</sup>	Handeln Sie im Rahmen einer land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit? <input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
	Wird die Förderung auf das Geschäftskonto des Zahlungsempfängers ausgezahlt werden? <input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein

<sup>1)</sup> Pflichtfeld – gilt **NICHT** für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

## 2. Maßnahme

Ich beantrage zu folgende(m / n) Maßnahmenbereich(en) eine Zuwendung in Höhe von:

### 2.1 Bezeichnung und Beschreibung der Maßnahme laut Ex-RL:

- |   |            |
|---|------------|
| <input type="checkbox"/> <b>2.1</b> Räumung von Kalamitätsflächen nach Extremwetterereignissen  | EUR gesamt |
| <input type="checkbox"/> <b>2.2</b> Insektizidfreie Waldschutzmaßnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung von Schadorganismen sowie Maßnahmen zur Sicherung von Waldökosystemen | EUR gesamt |
| <input type="checkbox"/> <b>2.3</b> Förderung von Holzlagerplätzen  | EUR gesamt |
| <input type="checkbox"/> <b>2.4</b> Wiederbewaldung von Kalamitätsflächen, die durch Extremwetterereignisse und deren Folgen entstanden sind                                | EUR gesamt |
| <input type="checkbox"/> <b>2.5</b> Feuerlöschteiche und Löschwasserentnahmestellen   | EUR gesamt |
| <input type="checkbox"/> <b>2.6</b> Wiederbewaldungsprämie  | EUR gesamt |

Beschreibung der Maßnahme (bei Bedarf bitte zusätzlich Anlage beifügen)

(ausführliche Beschreibung: was, wann, wo, wie, warum ...)

### 2.2 Durchführungszeitraum

voraussichtlich Beginn des Vorhabens  
Monat / Jahr

voraussichtlich Ende des Vorhabens:  
Monat / Jahr

## 3. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

<b>3.1 Gesamtkosten der Maßnahme</b> <sup>2)</sup>	<b>EUR</b>
<b>3.2 Eigenanteil</b> <sup>2)</sup>	<b>EUR</b>
<b>3.3 Darlehen</b> <sup>2)</sup>	<b>EUR</b>
<b>3.4 Leistungen Dritter</b> <sup>2)</sup> (ohne öffentliche Förderung)	<b>EUR</b>
<b>3.5.1 beantragter Zuschuss des Landes nach Jahr der voraussichtlichen Fälligkeit</b>	
<b>2025</b>	<b>2026</b>
<b>2027</b>	<b>2028</b>
<b>2029</b>	
<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
<b>3.5.2 beantragter Zuschuss des Landes für Pflegeeingriffe</b> Hinweis: die Pflegeeingriffe können zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht zeitlich genau bestimmt werden, weil sie von der Entwicklung der Kultur abhängen.	<b>EUR</b>
<b>3.6 zusätzlich zu diesem Antrag beantragte / bewilligte öffentliche Förderung</b>	<b>EUR</b>

<sup>2)</sup> Beträge ohne MWST

## 4. Persönliche Erklärungen / Verpflichtungen

### Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,

- 4.1 geförderte Sachen mindestens während der Zweckbindung (Zweckbindungszeitraum) sachgemäß zu unterhalten:
- investiv geförderte Anlagen, wie beispielsweise Lagerplätze mit ihren technischen Einrichtungen, 5 Jahre ab Fertigstellung,
  - geförderte Flächen (durch Initialbegründung) mindestens 5 Jahre,
  - geförderte Flächen (durch Pflanzung, Saat oder Pflege vorhandener Naturverjüngung) mindestens 10 Jahre.
- Der Zeitraum der Zweckbindung beginnt mit Fertigstellung der Initialbegründung und Wiederbewaldung durch Pflanzung, Saat oder Pflege vorhandener Naturverjüngung auf der beantragten Fläche;
- 4.2 als privater Antragsteller bei Maßnahmen nach den Nrn. 2.1.3.2, 2.1.3.3, 2.2.1, 2.3.1, 2.4.1.1 und 2.5 die ANBest-P zu beachten. Beträgt die Zuwendung bis einschließlich 100 000 Euro, dürfen Aufträge oder Verträge nach Nr. 2.3 allein unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vergeben bzw. geschlossen werden. Beträgt die Zuwendung mehr als 100 000 Euro, sind die Regelungen nach Nr. 3 ANBest-P zu beachten;
- als öffentlicher Antragsteller bei Maßnahmen nach den Nrn. 2.1.3.2, 2.1.3.3, 2.2.1, 2.3.1, 2.4.1.1 und 2.5 Nr. 3 ANBest-G zu beachten;
- 4.3 - soweit ich / wir nicht Eigentümer der Flächen bzw. Bäume bin / sind, jeweils die Einverständniserklärung des Eigentümers / der Eigentümerin vorzulegen;
- 4.4 Originalbelege 10 Jahre nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises aufzubewahren und für Prüfzwecke verfügbar zu machen;
- 4.5 uns oder den von uns benannten Bewertern, Prüfern oder anderen Stellen, die Aufgaben an ihrer Stelle wahrnehmen, alle erforderlichen Informationen zu übermitteln, die eine Evaluierung des Programms ermöglichen;
- 4.6 über alle das Vorhaben betreffenden Vorgänge Buch zu führen oder für diese einen geeigneten Buchführungscode zu verwenden;
- 4.7 bei Investitionsmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 50.000 Euro, die unter Verwendung von Bundesmitteln finanziert werden, die Informations- und PR-Verpflichtungen nach Teil I, A, Nr. 10 des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, Nr. 7.8 der Förderrichtlinien Extremwetterfolgen, einzuhalten.

### Ich erkläre / Wir erklären, dass

- 4.8 alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht worden sind, sie durch geeignete Unterlagen belegt werden können und dass die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind;
- 4.9 mir / uns die oben genannten Regelungen aus den oben genannten Richtlinien bekannt sind;
- 4.10 ich / wir nicht Bund und Land oder eine juristische Person bin / sind, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen des Bundes oder eines Bundeslandes befindet (gilt nicht für Genossenschaften nach dem Gemeinschaftswaldgesetz);
- 4.11 ich / wir keine Zuwendung für Vorhaben auf Grundstücken im Eigentum der unter Ziffer 4.9 aufgeführten Eigentümer beantrage(n);
- 4.12 der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird;
- 4.13 mit dem beantragten Vorhaben noch nicht begonnen wurde (als Maßnahmenbeginn ist grundsätzlich eine Auftragserteilung, also der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten).

Bei den Pflanzmaßnahmen ist nicht die Bestellung von Pflanzmaterial oder Saatgut oder die Lohnanzucht, sondern das Einbringen des Pflanzmaterials beziehungsweise das Ausbringen des Saatgutes in den Boden als Maßnahmenbeginn zu werten. Mit dem Einbringen der Pflanzen beziehungsweise Ausbringen des Saatgutes in den Boden werde ich / werden wir den Zuwendungsbescheid abwarten;

4.14 ich / wir davon Kenntnis genommen habe(n), dass Abweichungen von allen Angaben dieses Antrags, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen können;

4.15 ich / wir alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, gewissenhaft und vollständig gemacht habe(n). Ich / wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass diese Angaben zusätzlich zu Ziffer 4.23 subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz sind und versicher(e / n), dass mir / uns die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs bekannt sind;

4.16 ich / wir bei einem Verkauf der Flächen, auf denen die Fördermaßnahmen realisiert wurden, innerhalb des Zeitraumes meiner / unserer Unterhaltungsverpflichtung (Zweckbindungsfrist) den Erwerber veranlasse(n), durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem zuständigen Regionalforstamt die vorstehenden Verpflichtungen zu übernehmen. Ist der Erwerber hierzu nicht bereit, habe(n) ich / wir die Zuwendung mit Zinsen zurückzuzahlen. Der Erstattungsanspruch ist mit 5 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen;

4.17 (entfallen)

4.18 ich / wir der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Anspruchsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorlegen werde(n);

4.19 über mein / unser Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich / wir keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe(n) und die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert ist;

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns auch, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist ein unmittelbar bevorstehendes Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich / uns unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen;

4.20 gegen mich / gegen uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch dass ich rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde;

4.21 ich / wir folgende Rechtsgrundlagen beachten werde(n):

- Waldbaukonzept NRW – Internet Wald und Holz NRW,
- Herkunftsempfehlungen für Baum- und Straucharten NRW (2024),
- Runderlass MKULNV vom 23. Juni 2014 (MBI. NRW. S. 353), „Saat 2014“

4.22 dass die Zuwendungen

- a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und
- b) d. Antragsteller(in) weder eine terroristische Vereinigung ist noch terroristische Vereinigungen unterstützt;

4.23 ich / wir bei Inanspruchnahme der Wiederbewaldungsprämie (Nr. 2.6 FöRL) auf diesen Flächen innerhalb der nächsten drei Jahre (ab Bewilligung) keine weitere Zuwendungen für Wiederbewaldung und Waldumbau nach diesen Richtlinien oder den FöRL Privat- und Körperschaftswald beantragen werde(n);

**Ich erkläre mich / Wir erklären uns damit einverstanden, dass**

4.24 die Angaben im und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes übermittelt werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des VwVfg.

Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind,

4.25 die Angaben zum Antrag an die Finanzbehörden übermittelt werden können (§ 8 Abs. 2 Mitteilungsverordnung). Diese Mitteilungspflicht gilt nicht für die Daten derjenigen Antragsteller, die Behörden, juristische Personen des öffentlichen Rechts, Betriebe gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts bzw. einer Körperschaft, die steuerbegünstigte Zwecke verfolgt, sind (§ 7 Abs. 1 MV).

4.26 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane des Landes NRW kontrolliert werden können, dass ich / wir oder meine / unsere Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Flächen bezeichnen und sie auf diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen muss / müssen,

4.27 meine / unsere Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden – und dass diese Angaben zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen von Bund und Land an deren zuständigen Organe übermittelt und von diesen verarbeitet werden.

## 5. Erforderliche Anlagen, die dem Antrag beizufügen sind:

- Eigentumsnachweis über die Maßnahmenfläche (Nachweis durch Katasterauszug oder Grundsteuerbescheid oder Forsteinrichtung, die nicht älter als 1 Jahr ist);
- Sofern Antragstellender nicht Eigentümer der Maßnahmenfläche ist: Einverständnis- / Verpflichtungserklärung des Eigentümers;
- Sofern Antragsteller nicht ausschließlich im eigenen Namen handelt: Vollmacht für die Vertretung, soweit diese nicht im zuständigen Regionalforstamt vorliegt (z.B. bei FBG Anträgen);
- Nur bei gewerblichen Antragstellern: Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister oder Gewerbeschein;
- Nur bei Antragstellung von Genossenschaften, Gesellschaften oder Vereinen etc.: Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag;
- Flurkarte, Lageplan oder Luftbild mit eindeutiger Darstellung der geplanten Maßnahme(n). Aufgrund der Karten (ggf. auch Übersichtskarte beifügen) muss die Fläche für ortsunkundige Dritte selbständig auffindbar sein;
- Nur bei Anträgen nach Nr. 2.4.3 der Ex-RL: Verjüngungsplan (Luftbild oder Kartenausschnitt), aus dem die Lage aller Baumartenanteile für Dritte eindeutig nachvollziehbar und auffindbar hervorgeht);
- Nur bei Anträgen nach Nr. 2.4.3. der Ex-RL: Maßnahmenplan, aus dem der Zeitpunkt / das Jahr hervorgeht, zu dem einzelne Teilflächen wiederbewaldet oder Pflegemaßnahmen durchgeführt werden sollen;
- Anlage zur Beschreibung der Maßnahme (bei mehreren Maßnahmen / Maßnahmenflächen: ggf. mehrere Anlagen verwenden, das Antragsbegehren muss eindeutig und übersichtlich aus den Anlagen hervorgehen);
- Bei Anträgen nach Nr. 2.6 der Ex-RL (Wiederbewaldungsprämie): «De minimis» -Erklärung;
- Nur bei anteilfinanzierten Maßnahmen nach Nrn. 2.1.3.2, 2.1.3.3, 2.2.1, 2.3.1, 2.4.1.1 und 2.5 bei privaten Antragstellern:
  - a) bei einem Zuwendungsbetrag bis 100.000 EUR: Dokumentation zur Ermittlung von Vergleichspreisen zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit; soweit dies nicht möglich oder zweckmäßig ist, ist die Wirtschaftlichkeit in anderer geeigneter Weise darzulegen.
  - b) bei einem Zuwendungsbetrag über 100.000 EUR bis 500.000 EUR:
    - soweit möglich, Vorlage von drei Angeboten;
    - alle Schreiben der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes („Lastenheft“);
    - alle eingegangenen Angebote;
    - Angebotsvergleichsblatt – dient auch zur Dokumentation der Vergleichspreise unter a) –;
  - c) ab einem Zuwendungsbetrag von über 500.000 EUR
    - alle Vergabeunterlagen, s. Nr. 3.3 ANBest-P, Anwendung der VOB/A bzw. der Unterschwellenvergabeverordnung

- Nur bei anteilfinanzierten Maßnahmen nach Nrn. 2.1.3.2, 2.1.3.3, 2.2.1, 2.3.1, 2.4.1.1 und 2.5 bei öffentlichen Antragstellern:
- Unterhalb der Schwellenwerte nach Kommunalen Vergabegrundsätzen:  
Dokumentation zur Ermittlung von Vergleichspreisen zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit; soweit dies nicht möglich oder zweckmäßig ist, ist die Wirtschaftlichkeit in anderer geeigneter Weise darzulegen.
  - bei Überschreitung der Schwellenwerte nach Kommunalen Vergabegrundsätzen:  
Alle Vergabeunterlagen
- Antragsunterlagen und Bescheide über anderweitige öffentliche Förderung (sofern gegeben);
- Anlage kontrafaktische Fallkonstellation:
- a) bei großen Unternehmen (dazu zählen auch Kommunen);
  - b) bei FBG-Antrag dann, wenn Kommune Mitglied der FBG ist – und die Kommune zugleich Begünstigte des gestellten Antrags ist;
- Nur bei Anträgen nach Nr. 2.4.1.2 i.V.m. der Nr. 2.4.3 der Ex-RL, wenn der höhere Fördersatz beantragt wird:  
Sind Sie Mitglied in einem forstwirtschaftlichen Zusammenschluss, der eine Zuwendung im Rahmen der Direkten Förderung erhält?  ja  nein

---

Datum

---

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)